

Protokoll:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für Fragen aus dem Ausschuss Herr Golly und Frau Körner zur Verfügung stehen.

Frau Körner (Klimaschutz) gibt zunächst den Hinweis, auf den Tischen lägen für alle Teilnehmer Fächer mit Infos zur Thematik aus und es handle sich beim Hitzeaktionsplan um ein „Living Document“, welches immer wieder angepasst und weiterentwickelt werde. Man habe ein breitgefächertes Netzwerk an Beteiligten aus den unterschiedlichsten Bereichen aufbauen können. Darüber könne man auch die entsprechenden Informationen breit streuen.

Rm Kaatz trägt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, man begrüße den vorgelegten Hitzeaktionsplan und empfehle seine Annahme. Ergänzend werde die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob der Plan im Rahmen seiner Fortschreibung um folgende Punkte erweitert werden kann:

1. Entwicklung einer Eskalationsstufe für extreme, mehrtägige Hitzelagen mit definierten Auslöseschwellen und klaren Zuständigkeiten - insbesondere für Hitzelagen während Großveranstaltungen (z. B. Rhein in Flammen) und bei zeitgleichem Stromausfall.
2. Wirkungskontrolle mit hierfür geeigneten Kennzahlen - etwa hitzeassoziierte Rettungsdiensteinsätze, Krankenhauseinweisungen über das Gesundheitsamt Mayen-Koblenz sowie Reichweite der Sensibilisierungsmaßnahmen. Ziel ist, in fünf Jahren belegen zu können, ob der Plan wirkt.
3. Räumliche Auswertung. Integration der Betroffenheitskarte aus dem Klimaanpassungskonzept mit dem Hitzeaktionsplan.
4. Aufsuchendes Angebot für isoliert lebende Menschen. Prüfung eines Hitzetelefons nach Kasseler Vorbild, das gefährdete ältere Menschen ohne Anbindung an Pflegedienste oder Einrichtungen vor einer Hitzewelle aktiv kontaktiert - gemeinsam mit Seniorenbeirat und Wohlfahrtsverbänden.

Die Verwaltung werde gebeten, im Zuge der Fortschreibung den hierfür erforderlichen Personal- und Sachmittelbedarf zu beziffern und in die Haushaltsberatungen einzubringen.

Die Klimaleitstelle habe mit begrenzten Mitteln einen ordentlichen Plan vorgelegt - die Maßnahmen für wohnungslose Menschen seien vorbildlich und verdienten ausdrückliche Anerkennung. Genau deshalb wolle man den Plan tragen und nicht ausbremsen.

Drei Dinge fehlten aber, wenn aus dem Plan echter Schutz werden solle. Erstens behandle der Hitzeaktionsplan Hitze als Informationsthema, nicht als mögliche Gefahrenlage. Eine extreme Hitzewelle über mehrere Tage sei aber genau das - sie überlaste Rettungsdienst und Kliniken. Dass im gesamten Plan weder Feuerwehr noch Rettungsdienst noch ein Krankenhaus auftauchten, sei die größte Lücke. Hitze sei in Deutschland die tödlichste Folge des Klimawandels, noch vor dem Hochwasser, das man hier an Rhein und Mosel nur zu gut kenne.

Zweitens lasse sich Wirkung ohne Zahlen nicht belegen. Ein gutes Konzept zeige seine Güte erst in der Umsetzung - ein jährliches internes Treffen ersetze keine Erfolgskontrolle.

Frau Körner (Klimaschutz) führt aus, dass nach ihrer Kenntnis Feuerwehr und Rettungsdienste im Rahmen der Gefahrenabwehr entsprechende Ablaufpläne hätten. Dies werde geprüft und entsprechend als Information im Hitzeaktionsplan geränzt.

Ferner nehme man die Anregung auf, zu prüfen welche Indikatoren für ein Monitoring vorlägen und sinnvoll seien.

Zudem habe die Verwaltung bereits geplant auch unter Einbindung des Seniorenbeirates, die Einrichtung eines „Hitzetelefons“ nach dem Kasseler Vorbild hinsichtlich Sach- und Personalkosten zu prüfen und falls erforderlich diese in die Haushaltsplanung 2028 einzubringen.

Prof. Dr. Lukas sagt auf Nachfrage bei der Vertreterin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu, die vorgetragenen Anregungen/Prüfaufträge für die Überarbeitung im Rahmen der Fortschreibung des Hitzeaktionsplanes zu berücksichtigen.

Am Kießling (Die Linke-Partei) trägt, wie bereits per Mail an die Verwaltung vorab mitgeteilt zu „K1 / K2 - Hitzewarmmeldungen / Richtiges Verhalten bei Hitze“ vor, es sei vorgesehen, Hitzewarmmeldungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) sowie die Informationen „Coole Tipps für heiße Tage“ an Schulen, Kitas und weitere Einrichtungen weiterzuleiten. Er fragt, welche konkreten Ziele mit diesen Maßnahmen verfolgt würden und wie Schulen aus Sicht der Verwaltung auf solche Hitzewarnungen reagieren sollten.

Bezugnehmend auf **„L3 - Trinkwasser im öffentlichen Raum“** finde er es sehr positiv, dass die Stadt Koblenz bereits seit 2023 ein Netzwerk zum Auffüllen von Trinkwasserflaschen aufbaue und pflege. Leider seien die entsprechenden Informationen aus seiner Sicht bislang noch nicht ausreichend sichtbar und zugänglich. Dies habe sich auch in Gesprächen mit Freunden und Bekannten bestätigt. Er fragt, ob es möglich wäre, durch Wegweiser im öffentlichen Raum (z.B. an Laternen, öffentlichen Plätzen oder entlang von Fußwegen) gezielt auf Refill-Stationen hinzuweisen. Zusätzlich könnten Übersichtskarten mit den Refill-Stationen in großem Format in leerstehenden Schaufenstern, an Bushaltestellen oder an anderen Orten mit hohem Publikumsverkehr installiert werden.

Außerdem sollte geprüft werden, ob die Refill-Stationen bei Google Maps hinterlegt beziehungsweise besser auffindbar gemacht werden könnten. Für die meisten Menschen sei Google Maps die erste Anlaufstelle, um Orte und Angebote in einer Stadt zu finden.

Wichtig sei, dass Menschen an heißen Tagen immer wieder auf Trinkwasserstationen und Cooling Areas aufmerksam gemacht würden, ohne aktiv nach diesen Informationen suchen zu müssen.

Abschließend schlägt Am Kießling vor, die von der Stadt Koblenz derzeit erstellten zahlreichen Flyer, die im öffentlichen Raum verteilt werden sollen, um die Bevölkerung zu informieren und zu unterstützen, so zu gestalten, dass sie einen praktischen Nutzen hätten (z. B. dass sich die Flyer mit wenigen Handgriffen und ohne zusätzliche Hilfsmittel zu einer Kappe, einem Sonnenschutz oder einem ähnlichen Gegenstand falten ließen). Dadurch würden die Flyer nicht nur Informationen vermitteln, sondern gleichzeitig einen direkten Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger schaffen.

Frau Körner (Klimaschutz) führt aus, dass die Hitzewarmmeldungen des Deutschen Wetterdienstes inkl. weiterführender Informationen bereits seit 2022 an Schulen, Kitas und weitere Einrichtungen weitergeleitet werden. Hierdurch werde für das Thema sensibilisiert und Maßnahmen aufgezeigt, wie sich die Einrichtungen im Vorfeld einer Hitzewelle anpassen können. Z.B. indem - bezogen auf die Schulen - Unterrichtsstunden nach draußen oder in

kühlere Räume verlagert werden, kleine Trinkpausen zwischendurch eingelegt werden, das Sportprogramm umgestellt werde, Bänke in den Schatten gestellt und die Gebäude mittels Rollos gekühlt würden.

Rm Diehl (WGS-Fraktion) schlägt vor, in die Begründung der Beschlussvorlage aufzunehmen, dass die Hitzeaktionspläne auch in den Stadtteilen besprochen werden (Ortsbeiräte, Ortsring, etc.). Man dürfe den Fokus nicht nur auf die Altstadt/Innenstadt richten, sondern diese auch auf die umliegenden Stadtteile ausweiten.

Rm Geissler (AfD-Fraktion) stellt die Notwendigkeit bzw. den Nutzen eines Hitzetelefons in Frage. Zudem wüssten die Lehrer sowie die Bürger selbst, wie man sich bei solchen Situationen verhalten müsse. Daher sollte man mit den entsprechenden Hitzeschutzmaßnahmen nicht übertreiben. Da es sich um Selbstverständlichkeiten handle, solle keine zusätzliche Bürokratie und Mehraufwand aufgebaut werden, der Kosten verursache. Seine Fraktion lehne daher auch die Beschlussvorlage ab.

Aus der Mitte des Ausschusses wird von verschiedenen Vertretern der Wunsch geäußert, die vorhandenen Refillstationen in Koblenz deutlicher im Stadtbereich bekannt zu machen (z.B. Großformate in leerstehenden Geschäften und Bushaltestellen) und diese auch auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten und nicht nur für die Innenstadt. Dies gelte auch für die Cooling Areas. Ferner sollten das Sozialamt, die Tafel und das Jobcenter als Multiplikatoren mit eingebunden werden, um die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Prof. Dr. Lukas sagt zu, die Beschlussvorlage werde in der Begründung für die weiteren Beratungen in den städtischen Gremien von der Verwaltung gemäß den vorgenannten Wortmeldungen ergänzt. Er stellt anschließend den unveränderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.